

'BREXIT' könnte teuer werden - vor allem für Großbritannien?

"BREXIT" könnte teuer werden - vor allem für Großbritannien?

Ein Austritt Großbritanniens aus der EU könnte das Land über 300 Milliarden Euro kosten. Den übrigen EU-Staaten würde ein Ausscheiden ökonomisch nur geringere Verluste verursachen. Die britischen Unterhauswahlen könnten aber die Weichen stellen für einen herben wirtschaftlichen und vor allem politischen Rückschlag für die gesamte EU.
Falls Großbritannien nach den Unterhauswahlen am 7. Mai 2015 und in Folge eines Austrittsreferendums die EU im Jahr 2018 verlassen sollte, hätte dies langfristig negative Folgen für die Wachstumsdynamik und den Wohlstand des Landes. Die wirtschaftlichen Einbußen für Deutschland und die restlichen EU-Staaten wären hingegen deutlich geringer. Unter dem Strich würden aber alle Beteiligten durch einen britischen EU-Austritt (BREXIT) ökonomisch und politisch verlieren. Zu diesem Fazit kommt eine aktuelle Studie der Bertelsmann Stiftung in Zusammenarbeit mit dem ifo-Institut München. Erstmals werden darin die Folgen eines britischen EU-Austritts nicht nur für das Vereinigte Königreich, sondern auch für alle anderen EU-Staaten berechnet.
Die Berechnung der wirtschaftlichen Effekte eines EU-Austritts ist mit zahlreichen Unsicherheiten verknüpft und muss auch mögliche Übergangsfristen berücksichtigen. Um die Bandbreite möglicher Effekte abzuschätzen, wurden drei Szenarien entwickelt. Im günstigsten Fall erhält Großbritannien einen ähnlichen Status wie die Schweiz und hat weiterhin ein Handelsabkommen mit der EU. Im ungünstigsten Fall verliert das Land hingegen alle Handelsprivilegien, die sich aus der EU-Mitgliedschaft und den Freihandelsabkommen der EU ergeben. Im Jahr 2030, also zwölf Jahre nach einem möglichen BREXIT, ist davon auszugehen, dass die negativen Effekte ihre volle Wirkung zeigen.
Großbritanniens BIP könnte um bis zu 14 Prozent schrumpfen.
Je nach Ausmaß der handelspolitischen Abschottung Großbritanniens könnte das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner im Jahr 2030 zwischen 0,6% und 3% geringer ausfallen als bei einem Verbleib in der EU. Werden die prozentualen Einbußen auf die Werte des Jahres 2014 bezogen, so würde dies im für Großbritannien günstigsten Szenario ein um knapp 220 Euro geringeres reales BIP je Einwohner bedeuten. Bei einer stärkeren Abschottung läge das verlorene BIP bei 1.025 Euro pro Kopf.
Werden darüber hinaus nicht nur handelsökonomische, sondern auch dynamische wirtschaftliche Folgewirkungen, wie zum Beispiel eine geringere Innovationskraft und die Schwächung des Finanzzentrums London, miteinbezogen, könnten die BIP-Einbußen im ungünstigsten Szenario bei bis zu 14% liegen.
Wird diese prozentuale Einbuße wiederum auf den Wert des Jahres 2014 bezogen, entspräche dies einem um rund 313 Milliarden Euro niedrigeren BIP für die gesamte Volkswirtschaft beziehungsweise einem um 4.850 Euro geringeren BIP je Einwohner. Zugleich würden mögliche Einsparungen wie der Wegfall der EU-Haushaltszahlungen, die derzeit bei rund 0,5% des britischen BIP liegen, selbst im günstigsten Fall die wirtschaftlichen Verluste nicht kompensieren.
Deutsche Kfz-Branche wäre besonders betroffen.
Ein Austritt aus der EU würde dabei vor allem die Kosten des Handels zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich erhöhen und die Handelsaktivitäten verringern. Einzelne britische Branchen würden unterschiedlich hart getroffen. Für den bedeutenden Bereich der Finanzdienstleistungen liegen die erwarteten Wertschöpfungseinbußen im ungünstigsten Szenario bei knapp 5%. Auch die Sektoren Chemie, Maschinenbau und die Kfz-Branche, die besonders stark in die europäischen Wertschöpfungsketten eingebunden sind, müssten hohe Wertschöpfungseinbußen hinnehmen. Der größte Rückgang wird dabei mit fast 11% für den Bereich Chemie erwartet.
Für Deutschland und die restliche EU hingegen würden wirtschaftliche Wohlfahrtsverluste eines BREXIT deutlich geringer ausfallen. Abhängig vom Ausmaß der handelspolitischen Isolierung Großbritanniens würde das reale Bruttoinlandsprodukt BIP in Deutschland je Einwohner im Jahr 2030 bei einer Betrachtung der reinen Handelseffekte nur zwischen 0,1% und 0,3% geringer ausfallen als bei einem Verbleib des Vereinigten Königreiches in der EU. Bezogen auf das BIP des Jahres 2014 entspräche dies einem um rund 30 bis 115 Euro geringeren BIP je Einwohner.
Einzelne Branchen wären wiederum unterschiedlich von geringeren Exporten in das Vereinigte Königreich betroffen. Der größte Rückgang würde in der Kfz-Branche mit bis zu 2% anfallen. Neben der Kfz-Branche müssten auch die Elektronik-Branche, die Metallherzeugung, und die Lebensmittelbranche mit negativen Einschnitten rechnen.
Deutschland müsste mehr zum EU-Haushalt beisteuern.
Bei der Berücksichtigung dynamischer Folgewirkungen lägen die geschätzten BIP-Einbußen in Deutschland zwischen 0,3 und 2%. Bezogen auf die volkswirtschaftlichen Werte des Jahres 2014 wären dies rund 100 Euro je Einwohner (beziehungsweise 8,7 Milliarden Euro für die gesamte Volkswirtschaft) bei einer geringen Abschottung Großbritanniens und rund 700 Euro je Einwohner (beziehungsweise fast 58 Milliarden für die gesamte Volkswirtschaft) beim Verlust aller britischen Handelsprivilegien. Zu den Ländern, die in Europa durch einen BREXIT überdurchschnittliche hohe Einbußen verzeichnen müssten, gehören allen voran Irland gefolgt von Luxemburg, Belgien, Schweden, Malta und Zypern.
Neben den ökonomischen Wachstumsverlusten müssten sich die verbleibenden EU-Staaten auf zusätzliche Mehrausgaben für den EU-Haushalt einstellen. Durch den Ausfall der britischen Beiträge müsste beispielsweise Deutschland als größter Nettozahler jährlich zusätzlich 2,5 Milliarden Euro brutto beisteuern.
Für Aart De Geus, den Vorstandsvorsitzenden der Bertelsmann Stiftung, verdeutlicht die Studie die Notwendigkeit, sich für den Verbleib des Vereinigten Königreiches in der EU stark zu machen: "Schon allein ökonomisch wäre ein BREXIT ein Verlustgeschäft für alle in Europa, allen voran für die Briten. Neben den wirtschaftlichen Folgen wäre dies aber vor allem auch ein herber Rückschlag für die Europäische Integration sowie Europas Rolle in der Welt. Jede Weichenstellung durch die Unterhauswahlen hin zu einem BREXIT würde die Gemeinschaft schwächen."
Über die Studie "BREXIT - Mögliche wirtschaftliche Folgen eines britischen EU-Austritts"
Die vorliegende Studie untersucht die ökonomischen Folgen eines Austritts von Großbritannien aus der EU und damit aus dem Europäischen Binnenmarkt. Erstmals werden hierbei nicht nur wirtschaftliche Folgewirkungen für das Vereinigte Königreich selbst, sondern darüber hinaus auch für die verbleibenden EU-27-Mitgliedstaaten berechnet und ausgewiesen.
Die Studie berechnet die BIP-Einbußen, die sich aus einem Austritt des Vereinigten Königreiches aus der EU ergeben können. Der Begriff "BIP-Einbuße" bezeichnet die in Prozenten ausgedrückte Differenz zwischen dem im Basisjahr (2014) tatsächlich beobachteten realen BIP und dem entsprechenden simulierten ("kontrafaktischen") Wert für eine Situation, in der das Vereinigte Königreich kein Mitglied der EU mehr ist. Handelspolitische Maßnahmen entfalten ihre volle Wirkung erfahrungsgemäß erst zehn bis zwölf Jahre nach ihrer Einführung. Wenn der BREXIT im Jahr 2018 erfolgen sollte, so würden sich die ausgewiesenen Effekte auf das Jahr 2030 beziehen.
In ihrem Projekt "Global Economic Dynamics" analysiert die Bertelsmann Stiftung Ursachen, Zusammenhänge und Auswirkungen komplexer ökonomischer Entwicklungen. Dabei werden insbesondere Entwicklungen in bestehenden und entstehenden internationalen Handelsräumen analysiert. In vorangegangenen Studien ("Globalisierungsreport 2014" und "20 Jahre EU-Binnenmarkt") wurde bereits detailliert auf die Effekte internationaler Handelsintegration wie etwa durch das Handelsabkommen (zum Beispiel TTIP) eingegangen.

Ansprechpartner
Dr. Ulrich Schoof
Senior Project Manager
Telefon: +49(5241)81-81384
Dr. Ulrich Schoof
Senior Project Manager
Telefon: +49(5241)81-81384

Pressekontakt

Bertelsmann Stiftung

33311 Gütersloh

Firmenkontakt

Bertelsmann Stiftung

33311 Gütersloh

Die Bertelsmann Stiftung engagiert sich in der Tradition ihres Gründers Reinhard Mohn für das Gemeinwohl. Fundament der Stiftungsarbeit ist die Überzeugung, dass Wettbewerb und bürgerschaftliches Engagement eine wesentliche Basis für gesellschaftlichen Fortschritt sind. Die Bertelsmann Stiftung arbeitet gemäß ihrer Satzung ausschließlich operativ und nicht fördernd. Sie vergibt daher keine Stipendien und unterstützt auch keine Projekte Dritter. Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass Förderanträge nicht bearbeitet werden können.